Bundesregierung treibt Einführung von Militärrabbinern voran

12. Dezember 2019



Berlin (KNA) Das Bundeskabinett hat am Mittwoch der Einführung von jüdischen Militärseelsorgern bei der Bundeswehr zugestimmt. Dafür soll ein Staatsvertrag zwischen der Bundesregierung und dem Zentralrat der Juden in Deutschland geschlossen werden. Dessen Unterzeichnung durch Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) und Zentralratspräsident Josef Schuster ist am 20. Dezember auf dem jüdischen Gemeindetag in Berlin geplant. Bevor Militärrabbiner ihre Arbeit aufnehmen könnten, müsste der Vertrag auch noch gesetzlich umgesetzt werden.

Nach Schätzungen der Bundesregierung dienen in der Bundeswehr etwa 300 Soldaten jüdischen Glaubens und rund 3.000 muslimische Soldaten. Auch eine muslimische Seelsorge ist geplant. Unter den rund 180.000 Soldaten dienen zudem etwa 90.000 Christen. Sie werden von evangelischen und katholischen Seelsorgern betreut. Die Religionszugehörigkeit der Soldaten wird nur auf freiwilliger Basis erfasst.

Zentralratspräsident Schuster sagte: „Die Militärrabbiner werden die Bundeswehr bereichern.“ Sie würden sowohl als Seelsorger und Vertrauenspersonen für die Soldaten zur Verfügung stehen als auch über den lebenskundlichen Unterricht zur Gewissensbildung der Soldaten beitragen. Zudem würde ihre Berufung die Verankerung der Bundeswehr in der demokratischen Gesellschaft unterstreichen.

Ähnlich äußerte sich Regierungssprecher Steffen Seibert, der von einem starken Zeichen für jüdisches Leben in Deutschland und dessen Verankerung in der Bundeswehr sprach. Jüdische Militärseelsorge werde das Grundrecht jüdischer Soldaten auf freie Religionsausübung gewährleisten. Zur geistlichen Betreuung für Muslime liefen die Beratungen darüber, wie diese ausgestaltet werden könnte.

Der religionspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Stefan Ruppert, sagte, die religiöse Betreuung von Soldaten in der Bundeswehr „muss einen hohen Stellenwert haben“. Jüdische Rekruten hätten bereits viel zu lange keine Anlaufstelle gehabt. Wichtig sei, dass auch für andere Religionsgemeinschaften schnell entsprechende Angebote geschaffen würden.

Die religionspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Christine Buchholz, nannte den geplanten Staatsvertrag über eine jüdische Militärseelsorge ebenfalls überfällig. Sie sprach von einer bisherigen Diskriminierung jüdischer und muslimischer Soldaten. Nun sei die Bundesregierung gefragt, auch mit den muslimischen Verbänden einen vergleichbaren Vertrag zu unterzeichnen. Die Linke fordere, die Militärseelsorge in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und durch einen neuen Vertrag zwischen Staat und Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu ersetzen.

© KNA. Alle Rechte vorbehalten. (KNA - tlmll-89-00109)

Stand: 16. November 2026